Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 4. September.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.

Stettiner Zeitung.

№ 412.

Stettin, 1878.

Inserate: Die viergespaltene Petitzeile 15 Pf.

Redaction, Druck und Verlag von R. Grassmann. Kirchplatz Nr. 3.

Deutschland.

Berlin, 3. September. Die Vorgänge bei den hiesigen Nachwahlen machen ungewöhnlich viel von sich reden. Die „National-Zeitung“ schreibt darüber:

In den beiden Berliner Wahlkreisen, wo am 4. September Nachwahlen zum Reichstage zu vollziehen sind, haben die verschiedenen Parteien in mehr oder minder zahlreich besuchten Wählerversammlungen Stellung genommen. Wir beginnen bei dem Entwurf des Bildes, welches die Wahlstatt am 4. September voraussichtlich gewähren wird, mit dem ersten Berliner Wahlkreis, den die Fortschrittspartei seit den Wahlen zum ordentlichen Norddeutschen Reichstag zu ihrem politischen Besitzstande rechnet. Der erste Wahlkreis war im konstituirenden Reichstage von 1867 durch den Abgeordneten Lasker, 1867—77 durch den Abg. Hagen vertreten, welchem darauf der erst in einer Stichwahl gegen Herrn von Forckenbeck durchgesetzte Dr. Max Hirsch folgte. Bei den Wahlen vom 30. Juli mußte Dr. Hirsch, der Parteidisziplin gehorchend, zurücktreten, um für einen der Führer der Fortschrittspartei, Professor Hänel, dessen Wiederwahl in seinem bisherigen Wahlkreise Kiel zweifelhaft erschien, einen sicheren Platz zu schaffen. Für Herrn Hänel haben, soweit dies äußerlich erkennbar ist, außer der Fortschrittspartei auch die in diesem Wahlkreise zahlreichen Nationalliberalen gestimmt. Wenn diese jedoch, nachdem Herr Hänel für Kiel, welches ihm sein Mandat erneuert hatte, optirt hatte und dadurch der Sitz im ersten Berliner Wahlkreis wieder frei geworden war, sich zu der Hoffnung berechtigt hielten, daß die Leitung der Fortschrittspartei ihnen diesen einen Wahlkreis überlassen würde, so hat sich diese Hoffnung als eine trügerische erwiesen. Niemals, so wurde geantwortet, werde die Fortschrittspartei freiwillig einen Berliner Wahlkreis cediren; außerdem wurde gegen die Urheber der Kandidatur Techow der Vorwurf des Vertragsbruchs erhoben. Die Antwort darauf hat die Versammlung der nationalliberalen Wähler vom 28. August ertheilt, indem sie einmüthig beschloß, den Frhrn. v. Stauffenberg als Kandidaten der nationalliberalen Partei im 1. Berliner Wahlkreise aufzustellen.

Herr v. Stauffenberg hat inzwischen die Erklärung abgegeben, daß er eine Reichstagskandidatur in Berlin dankend ablehne. Nichtsdestoweniger erklären die Unterstützer der Stauffenberg'schen Kandidatur, an derselben festhalten zu wollen. Sie rechnen dabei nicht auf einen Sieg, wie sie wohl kaum fürchten, eine Stichwahl herbeizuführen. Sie nehmen nur das Recht in Anspruch, sich auf den Namen eines hervorragenden Parlamentariers zu sammeln und zu zählen und ihren Widerspruch gegen die Aufstellung der Kandidatur Löwe zum Ausdruck zu bringen. Eine Kandidatur „der vereinigten liberalen Parteien“ giebt es sonach in dem ersten Wahlkreise nicht und die Bezeichnung des Herrn Löwe in dieser Weise ist eine Fiktion, für die unseres Wissens auch nicht der Schein einer Berechtigung vorliegt.

Was den zweiten Berliner Wahlkreis anlangt, so ist derselbe im konstituirenden Reichstage durch Waldeck, 1867—1870 durch Freiherrn v. Hoverbeck, 1871—1878 durch Klotz vertreten gewesen, der jedoch im Jahre 1877 erst in einer Stichwahl gegen Herrn v. Forckenbeck durchgebracht werden konnte. Bei der Wahl am 30. Juli d. J. hatte die nationalliberale Partei in diesem Wahlkreise sich gespalten; ein Theil derselben stimmte für den fortschrittlichen Kandidaten, ein anderer Theil verband sich mit den „gemäßigten Konservativen“, um die Kandidatur Falk aufzustellen und dadurch gegen das Wahlbündniß mit der Fortschrittspartei zu demonstriren. Herr Klotz wurde, trotzdem daß die Sozialdemokraten über 7000 Stimmen für ihren Kandidaten zusammenbrachten, mit beträchtlicher Majorität gewählt. Er lehnte jedoch das ihm von seinem bisherigen Wahlkreise erneuerte Mandat ab, um das im 6. Wahlkreise der Sozialdemokratie nach heißem Kampfe abgerungene Mandat anzunehmen. Bei der Nachwahl am 4. September werden sich die Vorgänge des 30. Juli wiederholen. Ein Theil der nationalliberalen Wähler, für die in der Partei-Versammlung vom 28. August u. A. die Abgeordneten Dr. Braun, Dr. Burg und Lipke das Wort genommen haben, wird für den mit der Fortschrittspartei vereinbarten „Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien“, Stadtgerichtsrath Hoffmann, stimmen; ein anderer Theil wird für den ebenfalls auf Grund einer Fiktion als „alleinigen“ Kandidaten der nationalliberalen Partei bezeichneten Oberverwaltungsgerichtsrath Struckmann eintreten, dem die gemäßigten Konservativen im Voraus ihre Stimmen zugesichert haben. Ob Herr Hoffmann im ersten Wahlgange gewählt oder mit dem sozialdemokratischen Kandidaten zur Stichwahl kommen wird, steht dahin, weil viel von der Rührigkeit der Agitation abhängt und sich nicht übersehen läßt, wie viel Zuwachs an Stimmen der sozialdemokratische Kandidat Baumann erhält. Es verlautet, daß seine Genossen ihn über das achte Tausend hinaus zu bringen gedenken, ein Grund mehr für die anderen Parteien, die Agitation mit Eifer zu betreiben.

— Der Kultusminister Dr. Falk wird morgen hier zurückerwartet. Der Unterstaatssekretär seines Ministeriums, Geh. Rath Sydow, bleibt zum Kurgebrauch noch in Gastein. Falk's Berufung dahin hängt, wie von keiner Seite bezweifelt wird, mit den Verhandlungen zusammen, welche mit der römischen Kurie schweben. Wie man schreibt, haben in Gastein eingehende Konferenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Kultusminister stattgefunden, an denen auch der Unterstaatssekretär Sydow theilgenommen hat. Es würde das mit der jüngst gebrachten Nachricht über die Stellung des Herrn Falk zu den Verhandlungen mit Rom harmoniren. Man nimmt an, daß diese Verhandlungen jetzt in's Stocken gerathen sind und ist geneigt, der vor wenigen Tagen mitgetheilten angeblich „offiziösen“ Andeutung Gewicht beizulegen, wonach unumwunden zugegeben wird, es seien die Verhandlungen in dem Augenblick unterbrochen worden, in welchem zu Mainz die Ultramontanen mit den Sozialdemokraten gemeinschaftliche Sache machten. Wie man anderweit berichtet, hätte der Reichskanzler den Stand der Verhandlungen mit den römischen Prälaten dahin bezeichnet: „Sie haben nichts zu bieten.“ Doch glauben wir die Versuche zur Annäherung noch keineswegs als abgeschlossen betrachten zu dürfen.

— Wir haben bereits mitgetheilt, daß das Strafvollzugsgesetz (das sogenannte Gefängnißgesetz) auf große finanzielle Bedenken gestoßen ist. Der preußische Finanzminister hat vor einigen Wochen die Gutachten des Handelsministers, der Minister der Justiz und des Innern über die Bedürfnißfrage unter dem Hinweise auf den Kostenpunkt eingeholt; und wenn man annehmen kann, daß das Bedürfniß namentlich angesichts der mehrfach erlassenen Reichstags-Resolutionen anerkannt ist, so wird man doch zugleich ermessen können, daß bei der jetzigeu Finanzlage schwerlich auf die Ausführung des Gesetzes eingegangen werden kann, welches einen Kostenaufwand von 69 Millionen Mark erfordert, von welcher Summe auf Preußen der erheblichste Antheil fallen möchte, wenn auch die Gefängnißgebäude in Preußen verhältnißmäßig noch am wenigsten verfallen sind. Dagegen bedürfen sie in den Mittel- und Kleinstaaten vielfach gänzlicher Umgestaltung und es würden gerade da sehr erhebliche Kosten erwachsen, wo man schon jetzt kaum im Stande ist, die vorhandenen Lasten zu tragen. Damit schwindet dann die Aussicht gänzlich, das Gesetz in Rede bereits in der Wintersession des Reichstages vorgelegt zu sehen. Auch diese Angelegenheit wird in die Reihe jener Reichsbedürfnisse gestellt werden müssen, deren Befriedigung nicht anders als durch einen veränderten Finanzplan zu ermöglichen ist.

— Die Eröffnung des Reichstages wird am 9. d. M. im Weißen Saale des kgl. Schlosses durch den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Grafen zu Stolberg, erfolgen.

Ausland.

Paris, 2. September. In der hiesigen Notre-Dame-Kirche findet heute die Gedächtnißfeier für Thiers statt, der gerade vor einem Jahre in Saint Germain en Laye plötzlich verschieden ist. Diese Feier wird sich zu einer großartigen nationalen Kundgebung gestalten, und läßt sich insbesondere die republikanische Partei die Gelegenheit nicht entgehen, den Gefühlen der Dankbarkeit für den „Befreier des Landesgebietes“ von Neuem Ausdruck zu geben. Dagegen mangelt es in den reaktionären und ultramontanen Organen nicht an Bemerkungen, durch welche die Bedeutung der heutigen Feier herabgedrückt werden soll.

Von ihrem Pariser Korrespondenten geht der „Nat.-Ztg.“ in dieser Beziehung unterm gestrigen Datum folgendes Privattelegramm zu:

„Die ultramontanen Organe sind veranlaßt, die von ihnen selbst verbreitete Meldung zu dementiren, daß der Kardinal-Erzbischof von Paris und der päpstliche Nuntius der bevorstehenden kirchlichen Gedächtnißfeier für Herrn Thiers beiwohnen würden. Die erwähnten Blätter geben zu verstehen, daß der Erzbischof auch nicht eingewilligt haben würde, die Notre-Dame-Kirche zu dieser Feier zu bewilligen, wenn er gewußt hätte, daß man lediglich eine politische Kundgebung organisiren wollte. Andererseits erklärt der Vicepräsident des radikalen Pariser Gemeinderathes in einer an die Journale gerichteten Mittheilung, daß keine offizielle Deputation desselben an der Feier theilnehmen werde.“

Im Uebrigen werden nicht blos die beiden Kammern und alle hervorragenden Körperschaften Frankreichs, sondern auch das diplomatische Korps der Feier beiwohnen. Die Deputationen aus allen Theilen des Landes werden nicht weniger als 2000 Personen umfassen. Dieselben versammeln sich heute um 10 Uhr auf dem Karousselplatze und begeben sich gegen 11 Uhr in feierlichem Aufzuge nach der Notre-Dame-Kirche. Das Institut betheiligt sich in corpore an der Gedächtnißfeier. Der Ehrendienst wird durch eine Abtheilung der Garde républicaine versehen, welcher letzteren auch die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt. Um 11 Uhr werden die Thüren der Metropolitan-Kirche geöffnet, während die Feier selbst um 12 Uhr ihren Anfang nimmt. Nach Beendigung derselben versammeln sich die Deputationen von Neuem, um sich nach dem Pere-Lachaise zu begeben, woselbst dann Trauerkränze und andere Symbole der Trauer auf dem Grabe Thiers niedergelegt werden sollen.

Provinzielles.

Stettin, 4. September. Gestern fand auf der Grünhof-Brauerei (Bock) eine Versammlung der sogenannten „Liberalen“ statt, um den von ihrem Komitee aufgestellten Wahlkandidaten, Herrn Dr. Friedrich Kapp, den hiesigen Wählern vorzustellen. Die Versammlung war mäßig besucht und möchte in dem Saale selbst knapp die Hälfte der Personen anwesend sein, als sich früher bei der für Herrn Th. Schmidt abgehaltenen Versammlung daselbst eingefunden hatten. Die Versammlung wurde von Herrn Justizrath Wendtlandt eröffnet und das Bureau aus den Herren Makler Fritz, Lederhändler Rutkowski, Dr. Dohrn und Schneidermeister Köhler gebildet. Herr Justizrath Wendtlandt gab darauf einen Ueberblick über die bisherige Wahl. Die „Liberalen“ seien das erste Mal unterlegen, wie man geglaubt hätte, weil auch sehr viele „Liberale“ durchaus Herrn Dr. Delbrück im Reichstage sehen wollten und daher mit den Konservativen gegen Herrn Schmidt gestimmt hätten. Bei der Stichwahl, die gleichfalls mit einer Niederlage der „Liberalen“ geendet, sei indessen auch nicht einmal mehr dieser Grund für die Niederlage vorhanden gewesen, man könne also das Votum der hiesigen Wähler nur als eine Erklärung gegen Herrn Schmidt auffassen. Dem sei durch Aufstellung eines neuen Kandidaten Rechnung getragen; nachdem Herr Haker, hier, eine Wahl abgelehnt habe, wäre das Komitee mit Herrn Kapp im Unterhandlung getreten, der sich erlaube, sich in dieser Versammlung den hiesigen Wählern vorzustellen.

Darauf ergreift zu einer längeren Rede Herr Dr. Friedrich Kapp das Wort. Oratorisch war dieselbe, um dies gleich vorweg zu nehmen, nach all dem Aufheben, welches man vorher über die glänzende Redegabe desselben gemacht hatte, eine Enttäuschung. In der Sache sprach sich Herr Kapp politisch sehr gemäßigt aus. Was die Sozialisten-Vorlage anlangt (zu der Herr Kapp doch wohl indessen zu spät nach dem Reichstag kommen möchte), so erkannte Redner materiell an, daß der Staat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht habe, in dieser Frage einzuschreiten und gegen eine Partei, welche den Staat selbst und die jetzigen besitzenden Klassen offen angreife, auf das Energischste vorzugehen. In formeller Hinsicht hatte Herr Kapp an dem Gesetzentwurf dagegen Mehreres auszusetzen; er wünsche, daß nicht der unverantwortliche Bundesrath, sondern die Gerichte als letzte Instanz entscheiden, daß in der Vorlage die zu bestrafenden Vergehen genauer präzisirt würden und auch eine Zeitbestimmung, wie lange das Gesetz gelten solle, in dasselbe aufgenommen würde. Dies halte er für nothwendig, damit, wenn dem Unfug ein Ende gemacht würde, nicht auch gleichzeitig dem Fug und Recht ein Ende gemacht werde. Er hoffe, daß das Gesetz zu Stande komme. Redner ergeht sich darauf in einem längeren Erguß gegen die Konservativen, welche dieses Sozialistengesetz nur als Mittel gegen den Liberalismus, den sogenannten Vater des Sozialismus, gebrauchen wollten. Man schiebe jetzt zwar alle Schuld für die schlechten Zeiten auf die schlechten Gesetze der Liberalen. (Sehr richtig!) Dies sei aber doch unrichtig. Der Reichstag, in dem die Liberalen selbst nur die Minorität hätten, sei doch nur ein Faktor in der Gesetzgebung, dem noch zwei andere, der Bundesrath und Se. Majestät der Kaiser, gegenüberständen. (Darnach scheint Herr Kapp womöglich noch schließlich Se. Majestät den Kaiser für die vom Reichstage gemachten Gesetze verantwortlich machen zu wollen.) Redner für seine Person sei übrigens weit entfernt, für irgend ein zu Stande gekommenes Gesetz jetzt seinerseits eine Entschuldigung geben zu wollen. Man sage zwar, der Liberalismus habe abgewirthschaftet, aber mit dem „Liberalismus“ brechen, hieße mit einer geschichtlichen Entwickelung brechen, hieße das deutsche Bürgerthum ignoriren. (Bravo!) Wer habe 1806 den Staat gerettet, als der „Liberalismus“ (Bravo- und Oho-Rufe!). Er werde nicht einer Aenderung der Gewerbeordnung oder der Freizügigkeit zustimmen und hätte auch gewünscht (wir auch), daß auch die Städteordnung von 1812 nicht verhunzt wäre. Uebrigens begreife er nicht, wie man von einem Gegensatz zwischen dem Fürsten Bismarck und den Liberalen so viel rede, die jetzige Gesetzgebung sei jedenfalls mit dem Fürsten Bismarck gemacht und man werde mit diesem großen Staatsmann, dessen Verdienste er anerkenne, auch ferner Hand in Hand gehen. Es sei zwar augenblicklich in liberalen Kreisen einige Verstimmung, daß Fürst Bismarck geäußert habe, er werde die Lib[illegible] an die Wand drücken, doch hoffe er, [illegible] man von beiden Seiten sich bald wieder vertragen und entgegenkommen werde. (Die Versammlung hört diesen Theil der Rede [illegible] Schmunzeln an.)

Herr Kapp geht darauf zu den Fragen der Steuerreform und Wirthschaftsreform über. Fürst Bismarck selbst habe über die beabsichtigten Reformen allerdings sich noch nicht ausgesprochen, aber nach den Mittheilungen der offiziösen Organe, „Provinzial-Corresp.“ 2c., werde beabsichtigt, das deutsche Reich durch die Erhöhung der indirekten Steuern finanziell unabhängig, ja wo möglich so zu stellen, daß dasselbe aus seinen Einnahmeüberschüssen noch etwas an die Einzelstaaten und die Kommunen abgeben könne. Hieran hätten sich einige abenteuerliche (sic!) Vorschläge geknüpft, die Hälfte der jetzigen Grund- und Gebäudesteuer in Zukunft den Kommunen zu überlassen, die Gewerbesteuer für die Handwerker zu erniedrigen und die unteren Stufen der Klassen- und Einkommensteuer zu ermäßigen. Nun sei es ja wünschenswerth, daß das Reich die 80—90 Millionen Matrikularbeiträge, welche das Reich jetzt von den einzelnen Staaten empfinge, aus Eigenem aufbrächte, auch sei der Vorwurf berechtigt, daß das Prinzip der Matrikularbeiträge, die ausschließlich nach der Kopfzahl jedes Staates erhoben würden, ein ungerechtes sei. Beispielsweise geben jetzt die Einwohner der reichen Hansestadt Hamburg per Kopf nicht mehr, als der arme thüringische Bauer. (Wollte Herr Kapp nach diesem Beispiel nicht auch der Ansicht huldigen, daß auch die Einwohner der gleichfalls reichen Handelsstadt Stettin verhältnißmäßig bei den für die Matrikularbeiträge aufzubringenden Steuern noch eigentlich zu gut weg kämen und im Grunde sehr viel mehr bezahlen müßten? Anfrage der Redakt.) Er, der Redner, halte nur die direkte Besteuerung für richtig, möglich sei ja, daß man jetzt ohne Zuhülfenahme der indirekten Besteuerung nicht auskäme, aber prinzipiell könne er sich nur für die direkten Steuern erklären. Die direkten Steuern hätten das Gute, daß sie zur Sparsamkeit anleiteten, die indirekten verleiteten zur Verschwendung (sic!!!), je unbequemer neue Steuern wären, um so besser. Es komme noch die Frage der konstitutionellen Garantien über das Einnahmen- und Ausgaben-Bewilligungsrecht des Reichstages hinzu, ohne welches Redner keine indirekte Steuer bewilligen würde. Redner geht hier weitläufig auf die bekannten Verhandlungen zwischen Fürst Bismarck und Bennigsen ein. Was die Tabaksteuer anlange, so sei Redner

gegen das Monopol, welches er für einen wahren Vandalismus halte, Redner habe selbst gegen die Tabaks-Enquete gestimmt. (Vereinzeltes Bravo!) Durch Einführung des Tabaksmonopols würden eine große Anzahl Menschen brodlos. (Das „Wie so?" vergißt Redner leider näher auszuführen.) Auch für eine Tabaksteuer könne sich Redner nicht begeistern, ihm sei überhaupt fraglich, ob die Regierung wirklich mehr Geld gebrauche und halte er es nicht für Recht, daß „ungemessene Millionen" aus indirekten Steuern bewilligt werden sollten. Dazu, daß durch die Einführung solcher indirekten Steuern, welche für den Handel immer eine Last seien, die jetzige bestehende direkte Klassen- und Einkommensteuer ermäßigt und für die untersten Stufen sogar abgeschafft werden solle, könne Redner, wie bereits erwahnt, bei dem prinzipiellen Vorzug, den er diesen direkten Steuern gebe, nicht die Hand bieten.

Was die wirthschaftlichen Verhältnisse anlange, so sei Redner entschiedener Freihändler. Allerdings sei ja der Unterschied zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern kein politisch durchschlagender, im Gegentheil wären in jeder Fraktion beide Richtungen vertreten. In diesem Augenblicke aber sei der Unterschied doch ein sehr großer, da die Regierung wegen Einführung des Monopols die Schutzzöllner entschieden begünstige. Jeder Schutzzoll aber würde ein Ruin für unsere Industrie und für den Handel, ja eine Vergiftung (!) des ganzen öffentlichen Lebens bedeuten; nicht besser sei es mit den nur einen anderen Namen führenden Finanzzöllen. Man rede jetzt zwar viel vom Schutz der nationalen Arbeit, aber jeder solcher Schutz sei ein Attentat auf die Freiheit des Verkehrs und des Welthandels, das nur einigen begünstigten Leuten und einigen größeren Etablissements zu Gute kommen würde. Man schelte nun zwar seine Partei Manchesterleute, welche die Dinge eben gehen ließen wie sie wollten, aber die deutsche Industrie müsse die Vitalität und Lebenskraft in sich haben, daß sie mit allen Anderen konkurriren könne und schon damit ihr diese nicht abhanden komme, sei es gut, daß sie nicht durch irgend einen Zoll geschützt werde, damit sie sich nicht aus einer gewissen Bequemlichkeit auf das engere Vaterland beschränke und den Weltmarkt verliere. Allerdings würden bei Einführung von Schutzzöllen die Arbeiter mehr Lohn erhalten können, aber auch Manches theurer bezahlen müssen. Wenn man endlich ja den Bauern Kornzölle verspräche, so sei dies reine Bauernfängerei, er [illegible] Schutzzoll auch nicht das mindeste Zugeständniß machen. (Bravo.)

Nach diesen Aeußerungen spricht sich Herr Dr. Friedrich Kapp in allen [illegible] und Steuerfragen mithin so radikal wie nur irgend möglich aus; die gleichzeitige Versicherung seinerseits, daß er bei allen diesen Fragen keineswegs blos Theorien huldige und nicht bloße Prinzipien reite, sondern stets auch auf die realen Verhältnisse sehe, bleibt diesen absolut radikalen Ausführungen gegenüber ohne jeden Werth. Es folgen noch einige Bemerkungen, die Herr Kapp über seine bisherige Stellung und Wirksamkeit giebt, die aber als unwesentlich von uns übergangen werden können. Der Vorsitzende, Herr Wendtlandt, fragt darauf, ob noch Jemand Interpellationen an den Wahlkandidaten zu richten wünsche. Bei der Offenheit, mit welcher Herr Kapp sich ausgesprochen, ist dies nicht der Fall. Die Versammlung stimmt dem bei, daß Herr Kapp als Wahlkandidat für den Reichstag aufgestellt wird. Auf die Frage, ob noch andere Kandidaten vorgeschlagen würden, nennt Herr Wilhelm Will den Stadtrath Schlutow. Es erhebt sich bei diesem Gegenvorschlag einiger Tumult, Herr Will läßt sich indessen nicht dadurch stören und äußert sich etwa wie folgt: Es sei sonderbar, daß man jetzt so thue, als ob die Partei, welche für Herrn Delbrück gestimmt habe und in der ohne Zweifel ebenso viele liberale und unabhängige Elemente wären, wie in der Gegenpartei, als ob, sage er, diese Delbrück'sche Partei jetzt auch die Kandidatur des Herrn Friedrich Kapp gestellt habe und begünstige, und daß man in Folge dessen von einem einzigen Kandidaten der liberalen Partei rede. Er müsse konstatiren, daß die Kandidatur Kapp nur von den Anhängern des Herrn Schmidt gestellt sei, denen sich vielleicht nur noch Herr Dr. Wolff, der denselben radikal-freihändlerischen Standpunkt des Herrn Kapp theile, angeschlossen habe. Er müsse konstatiren, daß ein großer, wenn nicht der größte Theil der Liberalen an Herrn Stadtrath Schlutow denke und das um so mehr, als Herr Stadtrath Schlutow ein Stettiner und Jedem bekannt sei, den man sich nicht erst von auswärts verschreiben lassen brauche und der sich hier durch sein taktvolles und humanes Benehmen und seine Mäßigung in allen Parteikämpfen in allen Kreisen Anerkennung erworben habe. Die Kandidatur Kapp käme ihm nicht anders vor, als wie die verkappte Kandidatur des Herrn Dr. Wolff (Große Unruhe. Es entsteht ein ziemlicher Tumult in der Versammlung, an dem sich namentlich mehrere jüngere Anwesende, die wohl kaum das Alter von 25 Jahren erreicht hatten, betheiligen, man hört sogar vereinzelte Rufe wie „Raus" u. s. w. Herr Will bewahrte indessen vollste Ruhe und zieht sich in den Kreis seiner ziemlich zahlreich anwesenden Parteigenossen zurück. Der Vorsitzende ist außer Stande, die Leitung der Versammlung in der Hand zu behalten.)

Nachdem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt ist, ergreift Herr Dr. Dohrn das Wort, um sich gegen die Kandidatur seines „Freundes" Schlutow auszusprechen; er verkenne nicht dessen humanes Wesen, er sei aber erstaunt, daß Herr Schlutow hier aufgestellt würde, während er doch mit ihm, dem Herrn Dr. Dohrn, den er doch Jahre lang kenne, sich noch nie über politische Interessen ausgesprochen habe. Man wisse ja, von welcher Seite Herr Schlutow aufgestellt werde, daß er von der Bürgerpartei und dem sogenannten Comité des Hotel de Prusse begünstigt werde und dies sei für ihn, den Herrn Dr. Dohrn, Grund genug, gegen Herrn Schlutow zu stimmen. Herr Dr. Dohrn theilt darauf mit, daß die nationalliberale Partei nur ungern Herrn Kapp im Reichstage vermissen werde und verliest einen Auszug aus einem Schreiben des Herrn von Forckenbeck, welcher diesem Wunsche Ausdruck giebt. Leider scheint uns indessen Herr Dr. Dohrn den richtigsten Weg eingeschlagen zu haben, diese Wahl zu verhindern. Während alle Redner, sowohl der Vorsitzende, Herr Justizrath Wendtlandt, wie auch Herr Kapp, der geradezu die Versammlung ersuchte, ihn nicht etwa lokale Antipathien entgelten zu lassen, des bisherigen Streites und Wahlkampfes nur auf das Schonendste gedachten und offenbar eine Vereinigung der getrennten Elemente anstrebten, konnte Herr Dr. Dohrn es sich nicht versagen, in der an ihm bekannten zum mindesten nicht gerade taktvollen Weise provokatorisch aufzutreten. Es ist ja möglich, daß die Aufstellung des Herrn Schlutow seitens der Bürgerpartei und des Komitees vom Hotel de Prusse Herrn Dr. Dohrn so wenig behagt, daß er schon deshalb ohne jede weitere Prüfung gegen Herrn Schlutow stimmt. Dies aber offen auszusprechen, wo die Antipathien gegenseitig sind und die Bürgerpartei jedenfalls die an Zahl stärkere ist, heißt Oel in's Feuer gießen. Die Bürgerpartei braucht eben nur den Spieß umzukehren und ohne weitere Prüfung gegen Herrn Kapp zu stimmen, weil er von Herrn Dr. Dohrn und ihren übrigen Gegnern aufgestellt ist, und die Niederlage des Herrn Kapp ist absolut sicher. Zeugt dies schon von einem Mangel an Takt und Klugheit, so scheint es uns nicht minder anmaßend, daß Herr Dr. Dohrn verlangt, daß Herr Stadtrath Schlutow gerade ihm, dem Herrn Dohrn, besondere politische Eröffnungen hätte machen sollen. Herr Schlutow hat ein sehr klar geschriebenes Programm gegeben, das Herr Dohrn nach Belieben angreifen oder billigen mag. Herr Dohrn wird sich eben gefallen lassen müssen, vor anderen Menschenkindern keine Vorzüge beanspruchen zu dürfen.

Die Versammlung schreitet darauf zur Abstimmung. Herr Kapp wird von derselben selbstverständlich mit großer Majorität und trotz der Ausführungen des Herrn Will als „einziger" Kandidat der „liberalen" Partei aufgestellt. Schließlich referirte Herr Emil Aron noch über die Gründung eines liberalen Wahl-Vereins. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

— Wie aus Berlin berichtet wird, fand der Akkordtermin im Weinhändler Ferd. Wutsdorf'schen Konkurse gestern dort statt. Die Aktiva der Masse stellen sich im günstigsten Falle nach Erklärung des Verwalters auf etwa 650,000 Mk. Die bevorrechtigten Forderungen, Steuern, Gehalte 2c., sind hieraus bereits befriedigt, während noch etwa 25,000 M. bei Ausschüttung der Masse für Verwaltungskosten derselben verloren gehen. Es würde demnach für Nichtbevorrechtigte im Konkurse ein Betrag von 13¾ pCt. liegen und die Ausschüttung der Masse etwa noch ein Jahr erfordern. — Herr F. Wutsdorf bietet seinen Gläubigern unter selbstschuldnerischer Bürgschaft seiner Ehefrau nach erfolgter Aufhebung des Konkurses 18 pCt., und zwar 9 pCt. 3 Wochen nach erfolgter gerichtlicher Aufhebung desselben, 3 pCt. 4 Monat nach diesem Termine, 3 pCt. wiederum 4 Monat nach dem 2. und 3 pCt. 4 Monat nach dem 3. Termine. Die noch streitigen Forderungen erhalten die Akkordsumme in denselben Raten, nach erfolgter Anerkennung derselben. Stimmberechtigte Forderungen waren mit 4,286,000 M. zugelassen. Von diesen allein zählte die Ritterschaftliche Privatbank zu Stettin (in Konkurs) 2,921,000 M. und stimmte für den Akkord, welchem auch die übrigen anwesenden Gläubiger größtentheils beitraten. — Die Bestätigung des Akkordes seitens des Gerichts bleibt nunmehr abzuwarten.

— Durch gerichtliches Erkenntniß ist kürzlich ein Wechsel, dessen Zahlungsbestimmung lautete: „Nach drei Monaten zahlen Sie" 2c., für ungiltig erklärt worden. Das Erkenntniß hat in der Handelswelt einiges Aufsehen gemacht und die „Schl. Pr." sieht sich daher zu folgender Auseinandersetzung veranlaßt: Die übliche Form auf Datowechseln lautet: „Drei Monate nach Dato zahlen Sie"; wo diese Form angewendet ist, entsteht ein giltiger Wechsel. Lautet dagegen die Formel: „Nach drei Monaten zahlen Sie", so entsteht der Zweifel, ob die drei Monate von dem Tage ab gerechnet werden sollen, von welchem der Wechsel datirt ist, oder von dem Zeitpunkte ab, wo ihn der Bezogene sieht. Es fehlt also der bestimmte Termin der Zahlung und deswegen ist der Wechsel ungiltig. Der Wechsel ist eine formelle Urkunde; der Richter prüft nicht, ob der Acceptant irgend eine Valuta erhalten hat, auch nicht, ob dem Wechselinhaber Billigkeitsgründe zur Seite stehen. Er verurtheilt aus dem formellen Grunde, weil der Wechsel den gesetzlichen Vorschriften nicht genügt. Ob diese Formen inne gehalten sind, muß er desto strenger prüfen. Wer, ohne ein Rechtskundiger zu sein, bei Ausstellung von Wechseln von den durch den Verkehr geschaffenen Formen, die in den lithographirten Formularen ihren festen Ausdruck gefunden haben, abweicht, wird sich immer der Gefahr aussetzen, einen ungiltigen Wechsel zu schaffen.

— Bei „Grundstückskauf-Geschäften" ist der Verkäufer, nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 24. Juni cr., verpflichtet, dem Käufer die Grenzen des verkauften Grundstückes anzuweisen, wenn nicht besondere Umstände vorhanden sind, durch welche ohne die Anweisung der Grenzen durch den Verkäufer die individuelle Bestimmtheit des Grundstücks gegeben wird.

— Am 15. d. Mts. treten für den Verkehr zwischen Stationen der Ostbahnstrecke Konitz-Wangerin einerseits und Stationen der hinterpommerschen Bahnstrecke Belgard-Stargard i. Pomm. andererseits direkte Billetpreise und Gepäcktaxen in Kraft.

— Dem Pfarrer und Schulinspektor Meinhof zu Barzwitz im Schlawer Kreise ist der rothe Adlerorden 4. Klasse verliehen.

— In der Woche vom 25. bis 31. v. M. sind hierselbst wiederum unter 47 Verstorbenen 30 Kinder unter 5 Jahren; von denselben starben 7 an Durchfall, 4 an Krämpfen, 3 an Bräune und Diphtheritis 2c. Hier wollen wir noch ein Hausmittel mittheilen, welches bei Diphtheritis bei unerwartet auftretenden Anfällen bis zum Erscheinen des Arztes mit Erfolg anzuwenden ist. Es empfiehlt sich das Eingeben feurigen Weines und das Pinseln der Kehle mit dem Saft einer Citrone.

Swinemünde, 31. August. Gestern Nachmittag zogen mehrere sehr schwere Gewitter herauf und entluden sich über unserer Stadt unter heftigem Regen. Die Luft war sehr schwül und kühlte sich nach dem Gewitter nur wenig ab. Die Straßen waren von dem Regen in kurzer Zeit überschwemmt und zeitweise kaum passirbar. Auch in der Umgegend haben sehr heftige Gewitter sich entladen. — In dem Dorfe Stolpe bei Usedom ist eine Frau vom Blitze getödtet worden. Ferner ist daselbst ein Haus, welches vom Blitze getroffen wurde, abgebrannt. — Auch in Ducherow soll das Gewitter arg gehaust haben, und erzählte ein Reisender, daß der Blitz dort an 4 verschiedenen Stellen eingeschlagen habe.

Greifswald, 3. September. Gestern Nachmittag fand in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und des Bürgerschaftlichen Kollegiums die Einführung des Senators Gesterding in sein neues Amt durch den Bürgermeister Helfritz statt. Derselbe hieß ihn mit warmen Worten willkommen, indem er darauf hinwies, daß er, in Greifswald geboren und erzogen, durch doppelte Familienbande mit der früheren und der jüngsten Vergangenheit Greifswalds eng verknüpft sei und daß Magistrat wie Bürgerschaft das feste Vertrauen in ihn setzten, daß er im Sinne seiner Vorfahren sich dem Wohle unserer Stadt widmen werde. Senator Gesterding dankte in kurzen Worten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und legte das Versprechen ab, dasselbe nach besten Kräften rechtfertigen zu wollen. — Der Privatdozent Dr. Mucke ist als Professor der Nationalökonomie und verwandter Fächer an das Polytechnikum zu Aachen berufen. — Bei der hiesigen Hagelversicherungsgesellschaft sind gestern und vorgestern an 30 Hagelschäden angemeldet worden. Am Freitag, den 30. v. Mts., hat ein schreckliches Hagelwetter besonders in der Demminer Gegend arg gewüthet.

Stralsund, 3. September. Die generellen Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn von Stralsund über Barth und Damgarten nach Rostock werden nach einer amtlichen Bekanntmachung des hiesigen königlichen Bezirksraths sofort in Angriff genommen werden und ist der Herr Baumeister Froelich mit der Ausführung derselben betraut worden.

Insel Zingst (Reg.-Bez. Stralsund), 30 August. Hier wurde vom 27. auf den 28. c. ein abscheulicher Mordanfall begangen. Eine Frau, die Besitzerin eines Kleinhandels, ging des Abends von dem benachbarten Dorfe Presow nach Hause, als sie auf einmal von zwei starken Fäusten ergriffen und zu Boden geworfen wurde. Der Attentäter war ein vagabondirender Gewerbsmann, der wahrscheinlich wußte, daß die Frau des Abends nach Hause zurückkehren werde, und der reiche Beute zu machen hoffte. Als die Ueberfallene zu schreien begann, riß der Verbrecher ihr den Hut vom Kopfe und stopfte ihr damit den Mund zu. Da die Frau sich aber wehrte, so wurden ihr die beiden Mundwinkel zuvor weit auseinandergerissen und die Zustopfung des Mundes ausgeführt. Sodann zog der Verbrecher ein langes Messer hervor, legte es auf die Erde und sagte dabei, er werde ihr (der Frau) damit die Kehle durchschneiden. Nach dieser Drohung begann er der Frau die Kleider vom Leibe zu reißen, um zuvor ein anderes schändliches Verbrechen auszuführen. Zum Glück hörten Fischer, die in nicht weiter Ferne ihre Netze auswarfen und nicht vom Verbrecher gesehen wurden, das leise Winseln der unglücklichen Frau und fanden auch bald den Attentäter, wie er sich anschickte, seinem Opfer die Kehle zu durchschneiden, dabei aber doch auf einen Widerstand traf. Er wurde nun sofort von den Fischern ergriffen und gebunden. Auf ihre (der Fischer) Frage, was er mit der Frau vornehmen wollte, antwortete er ganz ruhig, er wollte ihr die Kehle durchschneiden. Er wurde der Gerechtigkeit überliefert, die Frau aber befindet sich in einem bedauernswerthen Zustande.

Bütow, 2. September. Ein Bauer hiesiger Gegend hatte einen Hasen gefangen und aufgezogen. Als derselbe schon groß und fett genug war, wollte er sich einen Braten davon machen. Ein Hase muß aber nicht geschlachtet, sondern geschossen werden, denkt der Bauer. Der Mann besorgt sich also ein Gewehr, bindet den Hasen mit einem Bindfaden an einen Baum seines Gartens, legt an, schießt den Bindfaden entzwei und giebt damit dem Hasen die Freiheit; mit dem Braten war also nichts und alle Mühe vergebens gewesen.

Literarisches.

Ein wirklich praktisches Fremdwörterbuch!

Des herzoglich sächsischen Schulraths Looff Fremdwörterbuch (Verlag von Hermann Beyer u. Söhne in Langensalza) übertrifft alle andern Fremdwörterbücher an Knappheit und Gedrungenheit und zugleich Vollendung der Form der Wörter-Erklärungen und an philologischer und wissenschaftlicher Gediegenheit seiner Erläuterungen. Heutzutage, wo man kein Zeitungsblatt mehr zur Hand nehmen kann, ohne unzähligen Fremdwörtern zu begegnen, ist für jeden gesellschaftlich gebildeten Mann ein Fremdwörterbuch unerläßlich. Man greife nach Looff's Werk, das in jeder Buchhandlung zu haben ist, und man wird ein gediegenes Bereichern seiner Kenntnisse daraus sicher schöpfen, 18 Lieferungen à 40 Pf., auch komplet in einem Bande 7 M., elegant gebunden 8 M., ein sehr billiger Preis bei so eleganter Ausstattung.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 3. September. Der volkswirthschaftliche Kongreß hat in seiner heutigen Sitzung die Tabaksfrage berathen. Nach längerer Debatte sprach sich die Versammlung entschieden gegen die Einführung des Tabaksmonopols in Deutschland aus, da dieselbe aus wirthschaftlichen Gründen verwerflich erscheine und insbesondere eine über viele Kreise des deutschen Reiches ausgebreitete, nicht nur für den inländischen Bedarf, sondern auch in erheblichem Umfange für den Export arbeitende Industrie- und Handelsthätigkeit vernichten würde. Werde indeß die Nothwendigkeit eines höheren Ertrages aus den indirekten Steuern begründet, so sei eine Mehrbelastung des Tabakkonsums als zulässig anzusehen.

Gastein, 3. September. Se. Majestät der Kaiser fährt fort, täglich Bäder zu nehmen. Nach denselben ruht Allerhöchstderselbe eine halbe Stunde, frühstückt dann und geht darauf mit dem diensthuenden Flügeladjutanten gewöhnlich auf dem Kaiserwege spazieren. Das Diner findet täglich um 3 Uhr statt. Fürst Bismarck wurde bereits mehrere Male zur Tafel gezogen. Nach Tische findet täglich eine Spazierfahrt im offenen Wagen in das Kötschach-Thal bis zum „schwarzen Lisl" statt. Die Abreise Sr. Majestät von hier nach Wilhelmshöhe bei Kassel ist für die Zeit vom 10. bis 15. d. M. in Aussicht genommen, doch ist noch nichts Definitives hierüber bestimmt. Se. Majestät trägt zwar noch den rechten Arm in der Binde, kann denselben aber schon bei dem Essen und Schreiben gebrauchen. Die Wirkung des hiesigen Aufenthaltes auf das Befinden Se. Majestät ist eine ersichtlich gute.

Von der k. k. Landesregierung in Salzburg ist ein Aufsichtsdienst nach Gastein kommandirt, welcher vortrefflich gehandhabt wird.

Stockholm, 3. September. Die im Auslande verbreitete Nachricht, daß die Cholera hier in Schweden ausgebrochen sei, wird von dem „Svenska Telegrambyrau" als gänzlich unbegründet bezeichnet.